

politiker, die sozialdemokratischen Arbeiter mit Unterstützung der Diktaturpolitik des Reichskanzlers Brüning zu misshandeln.

In Dutzenden von Versammlungen haben die SPD-Führer gerufen: „Staat, greif zu!“ Wer ist der Staat, der „zu packen“ soll? Beunruhigen wir uns heute einmal mit dem Urteil eines bürgerlichen Journalisten, der im gestrigen „WM“ schreibt:

„Der Staat: das ist eine relativ kleine Zahl von Menschen, die in einer relativ kleinen Zahl von Ämtern sitzen... Sehen wir uns die Menschen an, die heute die oberste richtende und die oberste vollstreckende Gewalt repräsentieren, so sind sie es, sie und kein anderer, an die sich die Forderung: „Staat, pack zu!“ richtet... Sie haben nach allen Seiten und oft zugespitzt; aber wir sehen nicht, daß es mit Vorliebe gerade in der Richtung geschehen wäre, die diejenigen vorschwebt, die sich jetzt aufs neue an den Staat wenden.“

Die SPD-Führer sind durch ihren jahrelangen Verrat an den Interessen des werktätigen Volkes auch ideologisch schon dement auf den Hund gekommen, daß ein bürgerlicher Schriftsteller die Dinge klassenmäßig richtiger sieht als der Vorkämpfer.

Der Staat, der „zupacken“ soll, das sind die preußischen, meist sozialdemokratischen, Polizeipräsidenten, die fast alle Kundgebungen und Versammlungen revolutionärer Arbeiterorganisationen unterdrücken, aber den Kundgebungen der Nazis nichts in den Weg legen. Das sind die Richter von Hagen, die acht Nazimordbuben, durch deren Regeln drei Arbeiter er-

200 Prozent Stimmengewinn der SPD! Roter Vormarsch in Seitendorf

Die Gemeindeverordnetenwahl in Seitendorf brachte der SPD einen großen Stimmengewinn. Während die Nazis 67 Stimmen erhielten und die SPD 250 Stimm die Kommunistische Stimmabgabe von 100 auf 305! Die Kommunisten erhielten zwei Mandate, zum 3. Mandat fehlte lediglich eine Stimme.

mordet wurden, freigesprochen haben. Das ist der sozialdemokratische Minister Severing, der den RFB verbietet, aber die SA erlaubt, der mit seinem Redeverbot als ersten einen sozialdemokratischen Aufruf an die Arbeiter traf. Der Staat, das sind die Stadtbehörden von Cuxin, die den Naziterror ungehindert dulden, Reichsbannerlokale schließen und Reichsbannerarbeiter verhaften. Sollen die Beispiele noch vermehrt werden? Der Raum einer Zeitung würde nicht ausreichen, um all die faschistischen Handlungen des jetzigen Staates aufzuzählen.

In diesen Staat appellieren die SPD-Führer. Auch in den Betrieben wird diese faschistische Ideologie gesät. So erklärte in Berlin der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Koch von der AEG: „Kampf gegen den Faschismus ist sehr gut, aber ich überlasse das dem Genossen Severing!“

Den Kampf gegen den Faschismus, dem Genossen Severing überlassen“, das heißt, die Arbeiter mehrmals jenen Polizeioffizieren vom Schlage eines Polizeimajors Levit ausliefern, die Arbeiter ohne Kampf unter das Joch des verschärften Lohnabbaues beugen.

Der Appell der SPD-Führer enthält ihre eigene Ohnmacht. Sie stehen die faschistische Staatsmacht um Hilfe an, weil sie Angst vor der Macht der Arbeiterklasse haben. Sie werden auch die Koalition Hitler-Brüning als kleineres Übel unterstützen, weil das größte Übel für sie die proletarische Revolution ist.

Der Hilferuf der SPD-Führer an den faschistischen Staatsapparat zeigt gerade den sozialdemokratischen Arbeitern, daß der antifaschistische Kampf sich nicht nur gegen Hitler-Hugenberg richten kann und darf, sondern daß er mit derselben Schärfe gegen Brüning-Severing geführt werden muß. Die Notverordnungen, Rede- und Versammlungsverbote, die Pressezensur, der Lohn- und Unterhaltungsabbau — all das sind faschistische Unterdrückungsmaßnahmen. Sie können noch gesteigert werden, aber ihren grundsätzlichen Charakter werden sie nicht ändern.

Aber die Massen beginnen sich gegen diese faschistischen Madenschläge zu wehren. Wenn die SPD-Führer die Politik des kapitalistischen Klassenfeindes zur Durchführung zu bringen suchen, so legen die Arbeiter unter Führung der kommunistischen Partei dem ihre proletarische Klassenpolitik entgegen.

In jedem Betrieb, in dem der Lohnraub durch eine geschlossene Streikfront, ohne nach dem Mitgliedsbuch der Gewerkschaft oder Partei zu fragen, abgewehrt wird — und das geschieht in vielen hundert Fabriken —, formiert sich die Front der Arbeitermacht.

In allen proletarischen Stadtteilen, wo Erwerbslose, ohne Unterschied der Parteirichtung gegen die Ermittlung ihrer Klassenossen zusammenstanden — und das geschieht in hunderten Orten —, formiert sich die rote Einheitsfront des kommenden Sieges.

In allen Dörfern, wo unter Führung der Arbeiter die Kleinbauern Bündnisse mit ihren Lebensgenossen unternommen haben — und das geschieht in hunderten Fällen —, formiert sich das Klassenbündnis der proletarischen Macht.

Die SPD-Führer laufen händeringend zu Brüning. Die Arbeiter aber hüten nicht, sondern kämpfen. Sie wissen: Niemals wird die deutsche Arbeiterklasse eine Regierung Hitler dulden. Denn die deutsche Arbeiterklasse ist ungeschlagen und — wenn sie in roter Einheitsfront unter revolutionärer Führung in den Kampf tritt — auch unbesiegbar. Die Arbeiter wissen: Vor dieser revolutionären Einheitsfront wird jede kapitalistische Diktaturpolitik in wenigen Stunden kapitulieren müssen. Die Arbeiter rufen darum gegen ihre Feinde nicht die Staatsmacht der Bourgeoisie zu Hilfe, denn für sie besteht der alte Grundsatz von Marx und Engels noch voll zu Recht:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Orzeinski sorgt für „Ruhe und Sicherheit“ Versammlungen gegen Nazi-Best verboten

Die kommunistische Partei hat für Mittwoch eine Versammlung in Ahrens Festhallen in Berlin-Charlottenburg einberufen unter der Parole: „Die SPD will Hitler ranlassen.“ Die Polizei hat diese Parole verboten, weil dadurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet wird. Die Versammlung darf nur mit einem anderen Thema stattfinden.

Gestern wurde eine öffentliche Versammlung in Reinickendorf eine Stunde vor Beginn von der Polizei verboten, weil sie das Thema hatte: „Wer kreuzt, wird erschossen!“

Unsere Lesern sei mitgeteilt, daß der Polizeipräsident von Berlin nicht etwa ein Nazi, sondern der Sozialdemokrat Albert Orzeinski ist.

Rotes Volksbegehren gegen Industriellenregime!

Wohlfahrtshilfe - Kapitalsubvention!

Zwei Staatsbeamte vor dem Disziplinargerichtshof. Die Heldt-Bürger-Regierung gehört mit auf die Anklagebank!

Dresden, den 8. Dezember.

Gestern begann hier vor dem sächsischen Disziplinargerichtshof der Prozeß gegen den Ministerialrat Dr. Maier und gegen den Regierungsrat Dr. Böhme, früher im Innenministerium, jetzt in der Reichshauptmannschaft Dresden. Die Anklage führt in die Zeiten der Heldt-Bürger-Regierung zurück, die auf Wunsch des sächsischen Industriellenverbandes nach dem Reichswehrmarsch 1923 in den Sattel gehoben worden war. Gleichzeitig entlarvt dieser Prozeß die kapitalistische Wohlfahrtshilfe und zeigt auch die Rolle sozialdemokratischer Staatsfunktionäre.

Dr. Maier ist Sozialdemokrat. Er diente und dient wie alle SPD-Staatsfunktionäre den kapitalistischen Regierungen mit all seinen Fähigkeiten. Eine dieser Fähigkeiten ist die Anpassung an die kapitalistische Subventionspolitik auf Kosten der breiten Massen. „Sächsische Wohlfahrtshilfe“ nennt sich großspurig diese Einrichtung, deren Verwaltung von beiden Männern derart durchgeführt wurde, daß riesige Summen, angeblich zur Linderung der Not und für Fürsorgeweise bestimmt, in die Hände eines skrupellosen Kapitalisten geleitet wurden, der mit frechem Betrug und planmäßiger Niedertracht diese Gelder für sich verwendete.

Der berühmte Fabrikant Seidemann,

der Besitzer mehrerer Schwindelunternehmungen, erhielt nach und nach durch Vermittlung beider Männer nicht weniger als 2,8 Millionen Mark, die restlos verloren sind. Dr. Maier hat glänzende Urteile über Seidemanns schmutzige Geschäfte gefällt, da er „von der Güte der Unternehmungen“ überzeugt gewesen sei. Dr. Böhme hat die Gelder nach und nach herausgegeben, bis die Summe von 2,8 Millionen erreicht worden war. Sogar nachdem die Abgabe von Anlagengeldern aus der sächsischen Wohlfahrtshilfe verboten worden waren, sind dem Seidemann auch weiterhin Gelder zugesandt worden, während die Not der sächsischen Wohlfahrtsempfänger ins Ungeheuerliche gestiegen ist. Jetzt beantragt die Regierung die Dienstentlassung für beide,

aber diese beiden sind nicht allein verantwortlich.

Es stellt sich nämlich heraus, daß die ungeheuerlichen Vor-

gänge besonders dadurch ermöglicht wurden, daß die Ministerien untereinander keine Klarheit über die Zuständigkeit bei der Verwaltung der sächsischen Wohlfahrtshilfe geschaffen haben. Die beiden Angeklagten betonten auch in der gestrigen Verhandlung, daß ihnen weder von dem damaligen Arbeitsminister Eiserer, noch von dem Ministerialdirektor Dr. Tittel irgendwelche Vorhaltungen gemacht worden seien. Die Geschäftsverteilung zwischen dem Innen- und dem Arbeitsministerium war so „wohlgeordnet“, daß keiner der Beamten genau wußte, welche Stelle eigentlich über die Wohlfahrtshilfe zu entscheiden hatte.

Die sächsischen Industriellen-Regierungen

haben wahrhaftig auch andere Dinge im Kopf als Hilfeleistung für die Armen der Armen, die in die Klauen der kapitalistischen „Wohlfahrtspfürsorge“ geraten sind. Der Maschinensächsischen Polizeiparates, die Finanzierung der Kirche, die Steuererlasse der Kapitalisten und die Reisegebühren für die hohe Bürokratie erforderten, daß man den Armen der Armen Pfennig für Pfennig abnahm. Der Kapitalist Seidemann erhielt dafür Millionen, um ein paar Briefumschläge mit hochtönen Namen auszugeben. Das ist kapitalistische Wohlfahrtshilfe: reinen Wassers und diese sieht auch mit auf der Anklagebank!

Dr. Paul Friedländer spricht in Dresden

Notdiktat gegen Krankenkassenmitglieder / Der Fall Tempel

Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, findet im Regenerden, Friedrichstraße, eine bedeutungsvolle Versammlung für alle Versicherten statt, in der Genosse Friedländer die Abwehrmaßnahmen in der Sozialversicherung behandeln wird. Außerdem spricht Genosse Paul Gruner über das Thema: Wie wurde Tempel Vorsitzender der Ortskrankenkasse Dresden? Dresdner Einwohner, erscheint in Massen. Hört die Meinung der Kommunisten zu den ungeheuerlichen Vorkäufen gegen die Krankenkassenmitglieder! Euch alle geht es an!

Faschistenblatt entlarvt Hitler

Börsenblätter befriedigt. Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum. Auch Verhandlungen mit der französischen Bourgeoisie

Der „Jungdeutsche“, selbst ein faschistisches Blatt, schreibt zu den Erklärungen Hitlers vor den englischen und amerikanischen Pressevertretern folgendes:

„Die Neuerungen des nationalsozialistischen Parteiführers zeigen wirklich, daß er der internationalen Hochfinanz nicht gefährlich ist und auch nicht gefährlich werden wird. Die amerikanischen Börsenblätter zeigen sich von den Neuerungen Hitlers sehr beeindruckt, in ähnlicher Weise wie die englischen Blätter. Letztgenannte soll der Abgeordnete Rosenbergs, wie der Pariser „Matin“ berichtet, seine Rückreise über Paris nehmen. Hitler sei nämlich, so schreibt dieses führende französische Blatt, das dem Außenminister Briand nahesteht, bereit, bei seinem Eintritt in die Regierungsgemeinschaft ein Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Frankreich abzuschließen. Die Fühlungen zwischen Nationalsozialisten und Franzosen werden ja auch in München nicht mehr abgelehnt.“

Innenpolitisch ergibt sich aus der Hitler-Unterredung, daß die Nationalsozialisten sich auf eine Koalitionsregierung mit dem Zentrum vorbereiten. Hitler erweist sich als ein Mann des Parteiensystems, genau wie zuvor die volksparteilichen und deutschnationalen Führer. Er begibt sich endgültig auf den Boden des heutigen Systems. Die Wählermassen, die Hitler zugeströmt sind, wollen einen neuen Staat. Doch Hitler gibt sich mit einer Koalition im heutigen Staat zufrieden.“

Soweit der „Jungdeutsche“, das Organ des Jungde, dessen Führer selbst im faschistischen Lager stehen. Hitler hat sich selbst entlarvt. Er will nichts sein als der besoldete Frontvogel des internationalen Großkapitals. Er will die Großkapitalisten schützen und ihnen riesige Profite schaffen, aber das werktätige Volk in Stadt und Land soll bis aufs Hemd ausgeplündert werden. Die SA und SS sollen nichts als Kampftruppen gegen das werktätige Volk, gegen die rote Einheitsfront und gegen die Sowjetunion sein.



Alfred Rosenberg, der A. A. ESSO-Verständiger in London

Er bringt den englischen Kapitalisten die frohe Botschaft, daß Hitler, wenn er an der Macht ist, die Auslandsschulden Deutschlands selbstverständlich zahlen wird.

Hitler fährt nach Rom

Adolf Hitler ist heute das österreichische Bismarck für die Durchreise nach Ungarn und Italien bemittelt worden.

Gleichzeitig wird bekannt, daß der Zentrumsführer, Valeska, sich bereits in Rom aufhält und mit dem Papst ein Unterredung über die Regierungspolitik des deutschen Zentrums hatte. Soll in Rom über die Wünsche Hitlers nach dem Reichsministeressen verhandelt werden?

Hitlers Reise zu Mussolini und dem Papst ist ein Zeichen des wachsenden deutschen Bauern in Südtirol, die sich gegen die faschistische Anschließung Italiens aufbäumen und die von der sich „national“ gebärdenden Hitler-Partei schon längst in ihrem nationalen Befreiungskampf vertreten worden sind.

Polen-Kapital hofft auf Hitler

Der „Freiheitsstempel“ prohi mit dem Lob der „polnischen Edelbau“

Das sächsische Wutmannblatt veröffentlicht triumphierend das Urteil eines polnischen Kapitalistenblattes über Hitler unter folgenden Ueberschriften:

„Eine polnische Stimme für Hitler“

„Kompromiß Brüning-Hitler die gesündeste Lösung“
Wörtlich gibt der „Freiheitsstempel“ dieses Urteil folgendes an:

„Eine Gewähr für Ruhe und Ordnung in Deutschland würde nach Auffassung Vados durch eine Zusammenarbeit zwischen Hitler und der Zentrumspartei gegeben sein... Zentrum und Hitler ergänzen sich gegenseitig und ein Kompromiß zwischen ihnen wäre die gelindeste und dauerhafteste Lösung der innerpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands.“

Das Organ der sächsischen Nazis stellt dieses begeisterte Lob der „polnischen Edelbau“, wie sich die Nazis früher ausdrückten, händerebend ein.

Auch für Herrn Brüning und das Zentrum ist dieses Lob ein Hinweis. Das Auslandskapital fordert die Regierung Brüning-Hitler, damit die Zahlungen an die Imperialisten gestrichelt sind. Gleichzeitig geht man damit ein: Zentrum und Hitler sind heute die Hauptstützen der kapitalistischen Erfüllungspolitik, wie es früher die SPD hauptsächlich war — die Kommunisten ihr einziger und gefährlichster Feind. Gegen diesen Feind will das Auslandskapital geschützt werden — und da findet es mit Hitler seinen besten — Adolf Hitler und die NSDAP.

Dazu schmunzelt erfreut der „Freiheitsstempel“ — echt „national“ und echt „sozialistisch“!

So zeigt sich eine Linie von Wels, dem SPD-Erfüllungspolitik des Auslandskapitals über die von ihm gestiftete Brüningregierung bis zur „Hartzburger Opposition“ des Herrn Friedländer — gegen diese Front marschiert, ihr Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern, werttätige Mittelstände, in roter Einheitsfront für die Befreiung vom Joch des ausländischen und inländischen Kapitals durch den Sieg der kommunistischen Partei!

Hörfings Bed

Der famose Reichsbannerführer Hörfing ist mit seinem faschistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm, zu dessen Propagierung er den „Deutschen Volkskurier“ seit dem 1. Dezember herausgab, auf so eilige Ablehnung seitens der Reichsbannerarbeiter gestossen, daß das Blattchen nach fünf Tagen sein Erscheinen einstellen mußte!

Krank geboren, jung gestorben! Hörfings Blatt hatte wahrhaftig jede Existenzberechtigung verloren, nachdem der Brandstifter selbst sich zum Sachwalter der Stützung der Nazimacht gemacht. Da war Hörfings Konkurrenz in der Tat überflüssig.